Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3020

29. 09. 88

Änderungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)
— Drucksache 11/2983 —

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksache 11/2501 —
Plebiszit in Chile

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/2244 —
Plebiszit in Chile

zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/2333 —
Plebiszit in Chile

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 11/2983 – erhält folgende Fassung:

„I.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die seit 15 Jahren herrschende Militärdiktatur in Chile hat 1980 mit einer Verfassung entsprechenden Zuschnitts einen Institutionalisierungsprozeß eingeleitet, mit dem dem Regime ein scheindemokratisches Gesicht gegeben werden soll.

2. Das für den 5. Oktober 1988 angesetzte betrügerische Plebiszit ist ein Schritt auf dem Weg dieser Institutionalisierung, die das Wirtschaftsmodell der Überausbeutung und des nationalen Ausverkaufs festschreiben will.

3. Das betrügerische Plebiszit auf der Grundlage der „Verfassung" von 1980 eröffnet keine Möglichkeiten zur Demokratisierung.

4. Allein die soziale und politische Mobilisierung der breiten Bevölkerungsmehrheit, unterstützt durch die internationale Solidarität, kann in Chile die Rückkehr zur Demokratie ermöglichen.

II.

1. Der Deutsche Bundestag appeliert an das Europäische Parlament und die Parlamente der europäischen Staaten und bittet Gewerkschaften, Kirchen, soziale und Menschenrechtsorganisationen, mit ähnlichen Aktionen alle Mobilisierungen für ein „Nein" des konsequenten Bruches mit der Diktatur zu unterstützen.

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Kampagne für das „Nein" und alle Bemühungen, das betrügerische Plebiszit gegen die Diktatur zu wenden, die an ihrer breiten sozialen Basis den Rahmen jener Oppositionskräfte sprengen, die lediglich einen paktierten Übergang zur Aufrechterhaltung des Ausbeutungs- und Ausplünderungsmodelles hinter scheindemokratischer Fassade suchen und sich in der „Nationalen Übereinkunft" (Acuerdo Nacional) artikulieren.

3. Der Deutsche Bundestag verurteilt die Versuche der auf Verhandlungen mit der Diktatur schielenden Oppositionskräfte, die linken Kräfte auszuschließen bzw. an den Rand zu drängen, weil sie damit die Politik der Diktatur unterstützen, die in Artikel 8 ihrer „Verfassung" von 1980 die Linke vom politischen Leben ausschließt und weil ein Übergang zur Demokratie nur als Ergebnis der Anstrengungen der gesamten Opposition und nur durch den radikalen Bruch mit der Diktatur und ihrer „Verfassung" möglich ist.

4. In diesem Sinne unterstützt der Deutsche Bundestag alle Kräfte, die in der Frage der Aufklärung der Menschenrechtsverbrechen der Militärdiktatur und der Gerechtigkeit für ihre Opfer keine Kompromisse des Vergebens und Vergessens suchen und die für eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des Landes eintreten.

5. Zu diesem Zweck entsendet der Deutsche Bundestag eine Delegation nach Chile, die zum Zeitpunkt des Plebiszits am 5. Oktober 1988
   — die Mobilisierung der Bevölkerungsmehrheit Chiles für einen konsequenten Bruch mit der Diktatur unterstützt;
   — öffentlich den betrügerischen Charakter des Plebiszits der Diktatur brandmarkt und die Ablehnung der internationalen demokratischen Öffentlichkeit für eine „Verfassung" bekräftigt, die eine Demokratisierung verhindern will.

   Die Aufgabe dieser Delegation des Deutschen Bundestages kann es nicht sein, den Ablauf des betrügerischen Plebiszits technisch zu überwachen. Damit würde sie Gefahr laufen, daß das Regime die Anwesenheit der internationalen Delegationen als Alibi für die angebliche Korrektheit des betrügerischen Plebiszits benützen würde.

6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Kampf für eine wirkliche Demokratisierung Chiles zu unterstützen,

— durch die Verweigerung jeglicher wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Diktatur, einschließlich von multilateralen Kreditzusagen und Umschuldungen und einschließlich von Projekten der zwischenstaatlichen technischen Zusammenarbeit;

— durch die Ächtung der Militärdiktatur in den Gremien der internationalen Organisationen;

— durch die sofortige Erklärung der Aufnahmebereitschaft für politische Gefangene, insbesondere jene, die mit der Todesstrafe bedroht sind, und durch Abschaffung der diskriminierenden Sicherheitsüberprüfung;

— durch die moralische, politische und materielle Unterstützung der Kampagne gegen die Straffreiheit von Menschenrechtsverbrechen der Militärdiktatur;

— durch die moralische, politische und materielle Unterstützung der Oppositionspresse in Chile."

Bonn, den 29. September 1988

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333